

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Petra Schmitz
Plenarsitzung vom 22.10.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Untersuchungsausschuss BRF

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

um es gleich vorwegzunehmen: Wir, als Mehrheitsparteien, sind gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Sachen BRF.

Ich wiederhole gerne meine Einschätzung vom 24. September, wonach man dadurch mit Kanonen auf Spatzen schießen will. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit Befugnissen eines Untersuchungsrichters macht auch zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn.

Ich wiederhole: Uns sind keine Verdachtsmomente bekannt, dass sich Mitglieder des BRF-Verwaltungsrats, des Parlaments oder der Regierung illegaler Handlungen schuldig gemacht haben könnten.

Jedes Mitglied dieses Hauses hat das Recht, seine parlamentarische Arbeit nach eigenen Befindlichkeiten und Möglichkeiten zu gestalten.

Aber uns erschließt sich nicht, warum dieser Vorschlag der CSP-Kollegen drei Tage nach der letzten Plenarsitzung hinterlegt wurde.

Denn andererseits war aus ihrer Fraktion bereits schon in den Wochen zuvor in der Presse nach einem solchen Instrument gerufen worden.

Uns liegt wahrlich nicht daran, eventuelle Missstände unter den Teppich zu kehren, und das haben wir in den letzten Wochen im zuständigen Ausschuss II eindeutig bewiesen. Auch wir fordern eine lückenlose Aufklärung.

Wie angekündigt, haben wir dem kritischen Hinterfragen zur Finanzsituation des BRF die erforderliche Zeit gewidmet.

Die Liste der Personen, die in diesem Zusammenhang angehört wurden oder werden sollen, wurde im Konsens unter Berücksichtigung der Wünsche der Oppositionsfraktionen erstellt.

Zur Erinnerung, angehört wurden bisher:

Im Rahmen zweier Sitzungen: der Verwaltungsrat des BRF, Direktor Toni Wimmer und der Chef-Buchhalter Herrn X. Hüwels,

im Rahmen einer Ausschusssitzung Medien-Ministerin Isabelle Weykmans, Regierungskommissar Ludwig Rompen und den Delegierten des Finanzministers beim BRF Edgar Schlossmacher.

Auch Finanzminister Karl-Heinz Lambertz hat uns Rede und Antwort gestanden.

Und schließlich fanden und finden diese Sitzungen wie gewünscht öffentlich statt.

Jetzt, nachdem bereits das Gros der Anhörungen stattgefunden hat, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wurde bedeuten, die bereits geleistete Arbeit, die nach meinem Dafürhalten äußerst aufschlussreich war, dem Reißwolf preiszugeben.

Schlussendlich geht es darum, die Sachlage zu klären und Vorsorge zu treffen, damit in Zukunft solche Situationen vermieden werden.

Das Letzte was wir brauchen ist ein Schauprozess...

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Petra Schmitz
ProDG-Fraktion